

Bauernbund Brandenburg



Das Denkmal für die Opfer der Zwangskollektivierung in Kyritz und die Debatten darum (siehe Seiten 06 –10) haben auch die Arbeit des Bauernbundes Brandenburg bestimmt. Noch bevor uns dieses Thema in Atem hielt, gingen nachfolgende Pressemitteilungen raus. Über die Enquete-Kommission wird uns die Kontroverse über die brandenburgische Agrarstruktur erhalten bleiben. Erstmal jedoch hat uns der agrarpolitische Alltag wieder: Nach einem ersten Kennenlernen werden wir noch im Juni eine Vorstandssitzung zusammen mit Minister Jörg Vogelsänger abhalten, wo es unter anderem um die Förderpolitik ab 2013, den Milchmarkt und die Grüne Gentechnik geht.

Pressemitteilung 3. März 2010

Bauernbund unterstützt Oppositionsparteien: Aufarbeitung der Nachwende-Jahre darf Landwirtschaft nicht ausblenden

Mit Unverständnis hat der Bauernbund Brandenburg, Vertretung der bäuerlichen Familienbetriebe im Lande, auf die SPD-Kritik an der von den Oppositionsparteien CDU, FDP und Bündnis 90 / Die Grünen geplanten Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der Nachwende-Jahre in Brandenburg reagiert. „Welches Interesse haben die SPD und der ihr hörige Landesbauernverband daran, die Landwirtschaft bei der Untersuchung auszublenden?“, wundert sich Bauernbund-Geschäftsführer Reinhard Jung aus Lennewitz in der Prignitz.

Agrarminister Jörg Vogelsänger und SPD-Fraktionschef Dietmar Woidke hatten den Oppositionsparteien vorgeworfen, mit der Einbeziehung der Landwirtschaft in den Untersuchungsauftrag der Enquetekommission den Frieden in den Dörfern zu gefährden. Der Bauernbund dagegen begrüßt ausdrücklich eine Auseinandersetzung mit dem Thema. Jung: „Fakt ist doch, dass die LPG-Nachfolger nach der Wende massiv bevorteilt wurden: Erst durften sie sich arm rechnen, um ihre aus-

scheidenden Mitglieder billig abzufinden, dann wurden ihnen die Schulden gestundet, schließlich fast vollständig erlassen, außerdem erhielten sie bevorzugt den Zugriff auf die Treuhandflächen.“ Warum in Brandenburg eine SPD-Regierung, der eigentlich keine alten Seilschaften unterstellt werden können, diese Politik besonders konsequent verfolgt habe, sei eine interessante Frage, findet der Bauernbund.

Als völlig unbegründet bezeichnet Jung die von Vogelsänger und Woidke geäußerte Sorge, durch die Enquete-Kommission würde die brandenburgische Agrarstruktur in Frage gestellt: “Die Kommission kann nur die Vergangenheit aufarbeiten und daraus Vorschläge für die Politik von heute ableiten. Dieser Diskussion sollten sich alle Verantwortlichen stellen.”

Pressemitteilung 19. März 2010

Bauernbund greift Bergamt an: Erkundungserlaubnis in Neutrebbin soll Menschen im Oderland einschüchtern

Anlässlich der heute in Neutrebbin geplanten Demonstration hat sich der Bauernbund Brandenburg in scharfer Form gegen die am Dienstag vom Bergamt ausgesprochene Erkundungserlaubnis gewandt, nach der die salzwasserführenden Schichten unter Neutrebbin auf ihre Eignung als CO₂-Deponie untersucht werden dürfen.

“So lange es für Deutschland kein Gesetz über die Deponierung von CO₂ gibt, gibt es auch keine Grundlage für irgendwelche Erkundungen“, ist Bauernbund-Vorstandsmitglied Manfred Wercham überzeugt. Die trotzdem erteilte Erlaubnis sei vorauseilender Gehorsam des Landesregierung gegenüber Vatenfall“, kritisiert der 56jährige Ackerbauer aus Wilhelmsaue im Oderbruch: “Mit solchen halblegalen Methoden sollen Menschen eingeschüchtert und auf ihre drohende Enteignung vorbereitet werden.”

Der Widerstand gegen die CO₂-Deponie sei damit aber nicht zu brechen, so Wercham: “Wir warnen die Politiker und Wirtschaftsbosse, die das Oderbruch verseuchen wollen. Es leben hier zwar nicht viele Menschen. Aber für die Menschen, die hier leben, geht es um alles, und deshalb werden wir mit Entschlossenheit und Härte reagieren.”

Pressemitteilung 30. März 2010

Brandenburgische Imker schließen sich dem Bauernbund an

Der Landesverband Brandenburgischer Imker ist assoziiertes Mitglied im Bauernbund Brandenburg geworden. Den Aufnahmeantrag bestätigte der Vorstand des Bauernbundes gestern abend in Mühlenbeck.

“Mit unserer Mitgliedschaft tragen wir der großen Übereinstimmung in agrarpolitischen Fragen Rechnung“, sagte Reiner Gabriel, Vorsitzender des Imker-Verbandes: “Besonders begrüßen wir, dass sich der Bauernbund klar gegen die Grüne Gentechnik ausspricht, die die Existenz unserer Imker bedroht.“ Enttäuscht zeigte sich Gabriel vom Landesbauernverband, der bei diesem für Landwirte und Imker gleichermaßen wichtigen Thema eine eindeutige Position vermissen lässt. Auch mit weiteren Anliegen wie bienenverträglichen Pflanzenschutzmitteln und Blühstreifen seien die Imker beim Bauernbund auf mehr Interesse und Verständnis gestoßen.

Erfreut äußerte sich der Vizepräsident des Bauernbundes, Bringfried Wolter, der im vergangenen Jahr auf mehreren Imkerversammlungen die Bedeutung der Bienenvölker für hohe Erträge im Ackerbau hervorgehoben hat: “Diese Mitgliedschaft stärkt uns weiter. In der agrarpolitischen Diskussion vertreten wir jetzt 300 Bauern und 1.800 Imker und werden dieses größere Gewicht